

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Karsten Hilse, Andreas Bleck,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/29777 –

Synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei einstufen – Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes dahingehend zu ändern, dass synthetische Kraftstoffe gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen gegenüber dem Letztverbraucher in den Verkehr gebracht dürfen und in entsprechenden Gesetzen und Verordnungen als CO₂-frei bzw. CO₂-neutral eingestuft werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/29777 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Arno Klare
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Arno Klare

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/29777** in seiner 230. Sitzung am 20. Mai 2021 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, dass die von der Bundesregierung verfolgte „Energiewende“ und „Klimaschutzpolitik“ keinen Nutzen gebracht habe. Auch nach 20 Jahren Förderung sei die Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse nicht wettbewerbsfähig. Die Speicherung von Umgebungsenergie in Form von „E-Fuels“ sei nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden und stehe in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Der mögliche Ersatz von Kraftstoffen aus Erdöl und Erdgas durch synthetische Kraftstoffe diene der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und müsse sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.

Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen setze eine verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle voraus. Auch eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge erfordere eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Stromversorgung.

Nach Auffassung der Antragsteller gebe es keinen nennenswerten technischen Grund, die Herstellung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe zu verbieten oder zu beschränken und in gesetzlichen Vorschriften zu benachteiligen.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern, die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes dahingehend zu ändern, dass synthetische Kraftstoffe gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen gegenüber dem Letztverbraucher in den Verkehr gebracht dürfen und in entsprechenden Gesetzen und Verordnungen als CO₂-frei bzw. CO₂-neutral eingestuft werden. Ferner solle die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren als geeignete Strategie anerkannt und priorisiert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/29777 in seiner 120. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/29777 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/29777 in seiner 96. Sitzung am 22. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 19/29777 in seiner 116. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die Große Koalition wiederholt klargestellt habe, dass synthetische Kraftstoffe ein wichtiger Baustein für die Mobilität der Zukunft und das Erreichen der Klimaschutzziele seien.

Ein logischer Fehler des Antrags sei, dass erneuerbare Energien als weniger wichtig betrachtet würden. Zur Erreichung der Klimaschutzziele sei aber ein deutlich stärkerer Ausbau der erneuerbaren Energien als bisher notwendig. Man lehne den Antrag ab, werde aber weiter intensiv am Thema der synthetischen Kraftstoffe arbeiten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte sich verwundert darüber, dass die Fraktion der AfD, die den Klimawandel leugne, die Abkehr von fossilen Brennstoffen vollziehen wolle. Möglicherweise wolle sie so die Rückkehr zur Kernenergie möglich machen. Die SPD-Fraktion glaube nicht, dass die Transmutation in Kernreaktoren technisch möglich sei. Ferner sei man, entgegen den Ausführungen der Antragsteller, auch nicht der Meinung, dass synthetische Kraftstoffe nicht auf die Treibhausgasminderungsquote angerechnet würden.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, dass grundsätzlich Einigkeit zu synthetischen Kraftstoffen zwischen den Fraktionen bestehe. Die AfD habe zu keinem Zeitpunkt den Klimawandel geleugnet, sondern seinen Ursachen widersprochen und die Methoden der Regierung zur Reduktion von CO₂-Emissionen kritisiert. Die heutige Produktionsweise von synthetischen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien habe keine wirtschaftliche Perspektive. Daher schlage man den Einsatz von Kernenergie als Zukunftsoption vor. Solange die Anrechnung synthetischer Kraftstoffe auf den Flottenverbrauch der Hersteller nicht umgesetzt sei, gebe es für diese auch keine Anreize, auf synthetische Kraftstoffe zu setzen. Das führe zu einem Abzug von Produktionskapazitäten aus Deutschland.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass sie seit Beginn der Legislaturperiode darauf gedrungen habe, synthetische Kraftstoffe als Beitrag des Verkehrssektors zu den Klimaschutzmaßnahmen mit einzubeziehen. Die Bundesregierung habe es insbesondere auf EU-Ebene versäumt, das Thema voranzubringen, weil zwischen dem Verkehrs- und dem Umweltministerium nach wie vor Uneinigkeit dazu bestehe. Aus dem Antrag der AfD spreche, an den bestehenden Verhältnissen im Verkehrsbereich festhalten zu wollen und sich gegen erneuerbare Energien zu positionieren. Der Fokus sollte auf ein globales Netzwerk zur Erzeugung synthetischer Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien gelegt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass im Verkehrsbereich eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr erforderlich sei. Die AfD verteidige jedoch die bestehenden Verhältnisse, selbst um dem Preis des Einsatzes gefährlicher Kernenergie. Sie merkte kritisch an, dass im Bereich der synthetischen Kraftstoffe große Überschneidungen zwischen der Fraktion der AfD und den Koalitionsfraktionen bestünden, obwohl synthetische Kraftstoffe erheblich ineffizienter als Elektromotoren seien. Ferner sei nicht klar, woher die große Menge erneuerbarer Energien stammen solle, die zur Produktion synthetischer Kraftstoffe erforderlich sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** informierte, dass mit Audi und Daimler zwei große Automobilhersteller das Ende des Verbrennungsmotors angekündigt hätten. Die Bundesregierung habe auf Anfrage bestätigt, dass E-Fuels auf absehbare Zeit knapp würden, enorm viel Strom benötigten und die Alltagsmobilität der Bürgerinnen und Bürger verteuerten und somit nicht als Ersatz für fossile Brennstoffe geeignet seien. Sie teilte die Meinung der Antragsteller, dass ineffiziente Energieumwandlung ineffizient bleibe. Daher müsse man sich bei den synthetischen Kraftstoffen auf die Luft- und Schifffahrt konzentrieren.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 19/29777 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Arno Klare
Berichterstatter